

Weggesperrt und ausgeschlossen

KONTAKTBESCHRÄNKUNGEN Emdener in betreuten Wohngruppen wollen wieder arbeiten gehen - das geht aber nicht

VON LARS MÖLLER

EMDEN – Von wegen Inklusion: Seit gut drei Monaten hat **Andrea Janssen** mehr noch als die meisten anderen Menschen unter den Corona-Auflagen zu leiden. Die 21-jährige Emderin hat eine geistige Behinderung und lebt in einer betreuten Wohngruppe der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw) in Barenburg. Dort lernt sie, ihr Leben selbstständig zu führen. Eigentlich. Doch seit Mitte März ist nichts mehr, wie es mal war. Die Kontaktbeschränkungen haben Janssen und mit ihr auch die mehr als 70 anderen Menschen in betreuten Wohngruppen in Emden nämlich mit voller Wucht getroffen. Sie fühlen sich weggesperrt und aus dem öffentlichen Raum verbannt. Und das, obwohl sie nur selten zu einer Corona-Risikogruppe zählen.

Das Dilemma: Das betreute Wohnen unterliegt dem Heimgesetz. Damit gelten dort die gleichen Regelungen wie etwa in Altersheimen, in denen die Bewohner ein hohes Risiko haben, schwer an der Lungenkrankheit Covid 19 zu erkranken.

Bei der obw stößt das mehr und mehr auf Unverständnis. „Die Leute in betreuten Wohngruppen mit den Menschen in Altersheimen gleichzusetzen ist undifferenziert und daher diskriminierend“, sagt **Bernhard Lutski**, Leiter des Geschäftsbereich Wohnen bei der obw. Eine Behinderung sei keine Vorerkrankung. Und Andrea Janssen ergänzt: „Auf meinem Behinderten-Ausweis stehen 70 Prozent. Ich bin nicht krank, aber man zählt mich zur Risikogruppe.“

Bis vor kurzem waren Janssen und ihre drei Mitbewohner regelrecht weggesperrt. Sie durften, auch aufgrund der restriktiven Auslegung der niedersächsischen Verordnung in Emden, das Grundstück ihres Hauses nicht verlassen.

Frustration und Langeweile kamen auf

Besuch war verboten. Und selbst untereinander sollten immer Abstand halten, möglichst Mundschutz tragen. Die Betreuer taten ihr Bestes, damit Langeweile und Frust nicht zu groß wurden. „Wir haben stundenlang Monopoly gespielt. Und so viel haben wir noch nie bei Amazon bestellt“,



„Wir wollen unsere Freiheit wieder“: Andrea Janssen (vorne) lebt in einer Wohngruppe in Barenburg. Sie protestiert gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Unterstützung bekommt sie von Bernhard Lutski (links) und Käthe Marmillot (rechts) DLB: MOC

DAS SAGT DIE POLITIK

Matthias Arends (SPD/Emden): „Die Einschränkungen der Menschen sind ganz unterschiedlich. Deswegen ist es so schwierig, mit einer Verordnung jedem gerecht zu werden. Daher haben wir den Trägern die Möglichkeit gegeben, individuelle Konzepte zu erstellen.“

Johanne Modder (SPD/Bunde): „Die in dem offenen Brief gestellten Fragen und Wünsche sind nachvollziehbar und berechtigt. Die tödliche Gefahr einer Verbreitung des Coronavirus in Wohnheimen, in denen Pflegekräfte oder Betreuer tätig sind, ist in der Vergangenheit leider immer wieder deutlich geworden. Daher ist aus unserer Sicht hier eine besondere Vorsicht geboten. Die Arbeit soll den Bewohnern von betreuten Wohngruppen sukzessive wieder ermöglicht werden.“

Meta Janssen-Kucz (Grüne/Leer): „In der Tat wird hier nicht differenziert. Grundsätzlich ist das Risiko einer Ansteckung in allen Gemeinschaftsräumen erhöht. Deshalb braucht es besondere Regeln zum Schutz. Bewohner*innen von betreuten Wohngruppen dürfen unter Einschränkungen arbeiten gehen. In Behindertenwerkstätten gestaltet sich besonders das Abstandsgebot häufig schwierig. Insgesamt ist es dringend notwendig, dass zukünftig die Maßnahmen so differenziert wie möglich auf den Weg gebracht werden.“

Die Stellungnahmen wurden von der EZ stark gekürzt.

sagt **Käthe Marmillot**, Betreuerin der Wohngruppe von Andrea Janssen. Trotz aller Bemühungen, trotz zahlloser Gespräche und einer Rund-um-die-Uhr-Rufbereitschaft hätten die Menschen in den Wohngruppen gelitten. „Viele haben an Selbstständigkeit eingebüßt. Ein älterer Bewohner zum Beispiel hat körperlich stark abgebaut, weil ihm die Bewegung fehlte. Andere haben Gewicht zugenommen“, erklärt Marmillot das Problem. Inzwischen gibt es zwar Lockerungen, trotzdem ist der Alltag noch stark eingeschränkt. Der Besuch einzelner Person ist möglich, Körperkontakt bleibt aber verboten und nicht selten sitzen die Besucher hinter Glasscheiben. Die obw ist verpflichtet, einen strengen Hygieneplan durchzusetzen. Das alles, während die Bewohner im Radio davon hören, wie die Außenwelt in vielen Bereichen zum Alltag übergeht, Schulen öffnen und das halbe Land in den Urlaub fährt.

Angesichts dessen verstehen Janssen und viele andere

KOMMENTAR

Lars Möller über die Situation von Menschen in betreuten Wohngruppen.



Genauer hinschauen

Elf Jahre nach der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention scheint der Inklusions-Gedanke noch immer nicht überall angekommen zu sein. Zu Beginn der Corona-Pandemie mochte man das undifferenzierte Vorgehen bei der Verordnung für Heime und Wohngruppen noch verschmerzen können. Doch nun

wäre es längst an der Zeit gewesen, mal genauer hinzuschauen, und nicht pauschal alte und behinderte Menschen über einen Kamm zu scheren. Grundrechte dürfen nicht leichtfertig beschnitten werden. Auch und erst recht nicht die Rechte von Menschen mit Behinderung. © Den Autor erreichen Sie unter lars.moeller@emdenzeitung.de

Emdener in betreuten Wohngruppen nicht, warum sie noch immer nicht zur Arbeit dürfen. „Ich vermisse meine Kollegen“, sagt Janssen. Doch die Auflagen dafür sind aus Sicht der obw nicht zu erfüllen. „Sie dürften dann zurück, wenn sie sich mit den anderen Bewohnern ihres Hauses einen gemeinsamen Arbeitsplatz teilen“, sagt Lutski. Doch wie solle das gehen, fragt der Bereichsleiter. Während zum Beispiel Andrea Janssen in der Wäscherei arbeitet, sind ihre

Mitbewohner im Landschaftsbau, der Metallverarbeitung und der Druckerei tätig. Lutski: „Man hat das Gefühl, der Gedanke dahinter ist: Hauptsache, die haben Arbeit. Das diese Arbeit aber identitäts- und sinnstiftend ist, wird nicht berücksichtigt.“ Auch die zweite Rückkehr-Möglichkeit, die Einrichtung von komplett separaten Arbeitsplätzen, etwa in der Wäscherei, sei aus Platzmangel kaum möglich, so Lutski. Deshalb hat Andrea Janssen nun eine Petition gestartet

und sich mit einem offenen Brief mit dem Titel „Gebt uns unsere Rechte zurück“ an die ostfriesischen Landtagsabgeordneten gewandt. Immerhin rund 60 Unterschriften sind aus den betreuten Wohngruppen zusammengekommen. Die Reaktion der Politik war bisher allerdings verhalten. Möglicherweise tue sich etwas nach der Sommerpause, erfährt man von **Meta Janssen-Kucz** (Grüne). Für Janssen und ihre Mitbewohner bedeutet das: Weiter ausbarren. Und zwar noch wochenlang.